

# Blickpunkt Hessen

Mathias Friedel

Lokaljournalismus  
zwischen  
Weimarer  
Republik und  
NS-Zeit am  
Beispiel der  
Bensheimer Presse



## **Lokaljournalismus zwischen Weimarer Republik und NS-Zeit am Beispiel der Bensheimer Presse**

**Mathias Friedel**, M.A., geb. 1973, Studium der Publizistik, Mittleren und Neueren Geschichte und Politikwissenschaften. Freier Autor und wissenschaftlicher Redakteur, Lehrtätigkeit in der politischen Bildung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar.  
Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

### **Blickpunkt Hessen**

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur.

Die Schriftenreihe „Blickpunkt Hessen“ erscheint als Eigenpublikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden

Herausgeberin: Angelika Röming  
Gestaltung: G-S Grafik & Satz, Wiesbaden, 0611-2043816  
Druck: Dinges & Frick, Wiesbaden  
Erscheinungsdatum: Juli 2008  
Auflage: 2.000  
ISSN: 1612-0825  
ISBN: 978-3-927127-81-4

Titel: Zeitungsausschnitte des Bergsträßer Anzeigeblasses und des Starkenburger Boten

# Lokaljournalismus zwischen Weimarer Republik und NS-Zeit am Beispiel der Bensheimer Presse

## Presse in Bensheim

Die Presselandschaft der 1925 rund 10.000 Einwohner zählenden Kreisstadt Bensheim an der Bergstraße war zwischen Weimarer und NS-Zeit im wesentlichen von zwei Zeitungen geprägt, die sich nach Typus und Tendenz entgegenstanden: Einerseits die älteste Bensheimer Zeitung, das *Bergsträßer Anzeigblatt* (BA; heute: *Bergsträßer Anzeiger*), ein bürgerlich-konservatives Kreisblatt – und andererseits der bis 1936 erschienene *Starkenburger Bote* (StB), ein ausgesprochenes Zentrumsblatt.<sup>1</sup> Beide standen 1933 in einer historisch gewachsenen Konkurrenzsituation, die aus den Zeiten des Kulturkampfes herührte, wie der Blick zurück in das 19. Jahrhundert zeigt: Seit 1852 war das *Bergsträßer Anzeigblatt* im Besitz der Verlegerfamilie Beger. Es erschien unter dem Leitsatz, man maße sich nicht an, „die biedern Bewohner der Bergstraße und des Odenwaldes in politischer und religiöser Beziehung erst zu erleuchten“ (BA 16.6.1869).<sup>2</sup> Eine derart programmatisch unpolitische Linie ist kennzeichnend für den Zeitungstypus des Anzeigblattes, denn solche kleinformatigen, zumeist vierreihigen Zeitungen lebten von der Konzession, amtliche Bekanntmachungen der Bürgermeistereien abdrucken zu können. Erst nach der Reichsgründung 1871 und dem auch in Bensheim schwelenden Kulturkampf lockerte das BA seine obligatorische Zurückhaltung und nahm für die Bismarcksche Politik Partei, was im katholisch geprägten Bensheim – auch die Verlegerfamilie des BA war katholisch – durchaus beachtlich war. BA-Herausgeber Gotthard Beger war am Ausgleich der Konfessionen gelegen,

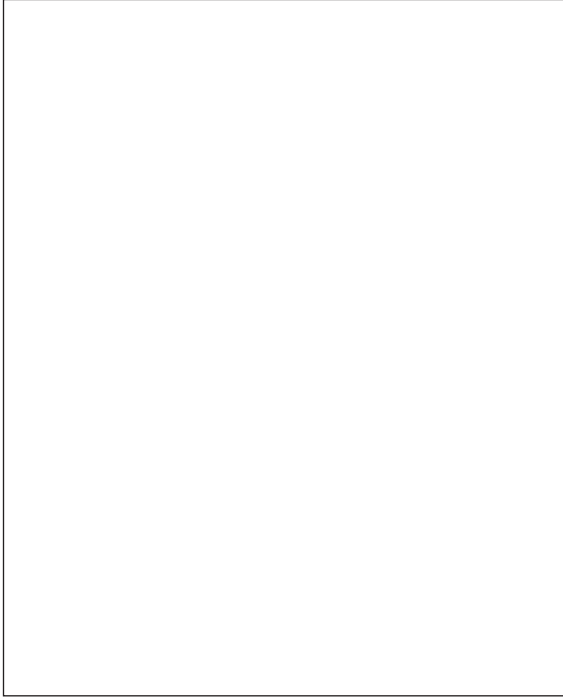


Abb. 1: Gotthard Beger (5.5.1820 bis 26.2.1894), nach *Buchdruckerlehre* bei G.C. Heller in Bensheim u.a. an der Hofdruckerei in Wien tätig, 1852–94 Verleger des BA

wohl nicht zuletzt, um seine protestantische Leserschaft zu mehren. Vor diesem Hintergrund begründete der katholische Stadtpfarrer Franz Sickinger 1868 den *Starkenburger Bote*, der später, 1901, in den Besitz der Verlegerfamilie Gmeiner überging. Selbstredend war der *Bote* ein katholisches Blatt, das seit 1870, der Gründung der Zentrumsparterie, mit aller Schärfe die Interessen des politischen Katholizismus vertrat und – im Gegensatz

hervorging (BA 7.11.1874). Dieser bis weit ins Persönliche gehende Konflikt – so ließen die Begers ihren jüngsten Spross Eduard 1878 altkatholisch taufen – spielte in den politischen Kämpfen der Weimarer Republik und dann in der NS-Zeit nochmals eine Rolle.

## Journalistische Modernisierung nach 1918/19

Unter den freiheitlichen Bedingungen der Weimarer Reichsverfassung von 1919 konnte sich das *Bergsträßer Anzeigblatt* journalistisch modernisieren. Denn Aufmachung und Inhalt des BA mussten unweigerlich dem wachsenden Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit angepasst werden. Heute sei die „Welt kleiner geworden“, heißt es in einer der wenigen Selbstdarstellungen des BA (15.3.1926). Die „Anforderungen“, hieß es weiter, „die man heutzutage an eine Zeitung“ stelle, seien völlig anders als früher, als der „kleine Mann fast keinen Anteil an der Politik“ nahm. Unter diesen Voraussetzungen, die eine größere inhaltliche Vielfalt erforderten, konnte das noch immer im Gewand der Anzeigblätter des 19. Jahrhunderts gedruckte BA im Laufe der 1920er Jahre sein überkommenes Schema aufgeben. Bald umfasste es acht Druckseiten, erschien täglich, der Lesestoff wurde in redaktionellen Teilen organisiert, und die überregionalen Ereignisse verdrängten auf der Titelseite die streng lokalbezogene Berichterstattung der Vorjahre. Dies steigerte auch die Anforderungen an den Journalistenberuf. Während Altverleger Gotthard Beger in erster Linie Drucker und Handwerker war, mussten dessen Nachfahren mehr journalistische Eigenverantwortung an den Tag legen. Inzwischen hatten die beiden Söhne Gotthard Begers, Heinrich und Eduard, gemeinschaftlich die Geschäfte übernommen. Nachdem Eduard Beger im Juli

Abb. 2:  
*Josef Gmeiner sen. (31.3.1863–28.10.1919), Buchdrucker zunächst in Mainz und seit 1895 in Bensheim, 1901–1919 Herausgeber des StB*

zum überkonfessionellen BA – zudem stark antisemitisch ausgerichtet war. Die wenigen erhaltenen Ausgaben zeigen einen stetigen Kampf gegen die Säkularisierungspolitik Bismarcks. Nicht minder streitfreudig berichtete Begers Anzeigblatt in die entgegengesetzte Richtung und wettete, wo es konnte, gegen die „Ultramontanen“ (BA 16.12.1874). Ihre schärfsten Pressefehden lieferten sich der Starkenburger Bote und das zu den Nationalliberalen tendierende BA im Reichstagswahlkampf 1874, aus dem das Zentrum mit starken Stimmengewinnen

Abb. 3: Heinrich Beger (22.12.1868–4.9.1944), 1903 Teilhaber und 1925–1944 Alleininhaber des BA

1925 aus dem Verlag ausgeschieden war, führte Heinrich bis 1944 als Alleininhaber das Unternehmen fort. Heinrich Beger besorgte zusammen mit seinem Sohn Richard die verschiedenen redaktionellen Teile und Beilagen des BA. Neben der immerhin etwa fünfzehnköpfigen Belegschaft halfen mehrere freie Mitarbeiter, den wachsenden Stoff zu bewältigen.

Auch der katholische *Starkenburger Bote* hielt mit dem Medienwandel nach 1918 Schritt und profilierte sich weiterhin als journalistische Konkurrenz zum BA. Unterdessen war, wie in der Verlegerfamilie Beger, auch beim *Starkenburger Boten* eine jüngere Generation ans Ruder gelangt. 1901 war der *Bote* auf die – freilich katholische – Verlegerfamilie Gmeiner übergegangen, deren jüngste Nachfahren seit 1919 die Geschäfte führten: Anton Gmeiner fungierte – mit kurzer Unter-

brechung zwischen 1927 und 1930 – bis zum Ende des *Boten* im Jahr 1936 als verantwortlicher Herausgeber, während sein Bruder Joseph Gmeiner jun. den Druckbetrieb leitete.<sup>3</sup> Unterdessen bot auch das *Bensheimer Zentrumsblatt* seinen Lesern umfassende Lokalberichte, verschiedene Rubriken und Beilagen und verstand sich – wie das BA – als Heimatzeitung. Darüber hinaus unterhielt der *Bote* sogar einen kostenlos nutzbaren Lesesaal, in dem verschiedene Publikationen zur Einsichtnahme auslagen (StB 3.1. u. 26.7.1928).

Abb. 4: Der Starkenburger Bote – das Bensheimer Zentrumsblatt

## Weimar: Zwischen Meinungsjournalismus und Parteipresse

Der Starkenburger Bote blieb unmissverständlich ein Zentrumsblatt. Mit dieser Grundhaltung zeichnete sich die Zeitung – im Gegensatz zum BA – durch freimütige, oft bissige Kommentare zum politischen und gesellschaftlichen Geschehen aus. Es hatte schon Tradition, dass der Bote seinem Konkurrenzblatt genüsslich vorhielt, als „farbloses“ Amtsblatt, dem die Kreisbekanntmachungen zum Abdruck übergeben werden, „unter der Firma Unparteilichkeit“ zu segeln (StB 22.9.1908). Dem BA, mit dem sich der Bote auch in der Weimarer Zeit auseinandersetzte, wurde indirekt angelastet, „Gesinnungslump“ zu sein:

„Es ist nicht schwer, nach allen Seiten hin Komplimente zu machen, das Gute herauszustreichen und das weniger Gute einfach totzuschweigen. Weit schwerer ist es, jederzeit und allerorts einzustehen für die Wahrheit [...]. Es ist nicht schwer, zu loben. Weit schwerer ist es zu tadeln. Es ist nicht schwer Gesinnungslump zu sein. Weit schwerer ist es, in allem ein ehrlicher Kerl zu sein, der eine eigene Meinung hat [...].“ (StB [28].10.1928)

Diese Vorwürfe der Konkurrenz waren nicht ganz zutreffend, den der journalistische Wandel des BA weg vom Typus des tendenzlosen Anzeigeblasses war längst im Gange und bewirkte Ansätze eines Meinungsjournalismus. Hiermit kollidierte jedoch immer wieder der überkommene überparteilich-unpolitische Anspruch der Zeitung.

Ganz im Gegensatz zur politischen Berichterstattung blieb das BA seiner schon im Kulturkampf praktizierten überkonfessionellen Grundhaltung treu. Folglich enthielt es sich, selbst in der Endphase der Weimarer Republik, – wie unterdessen auch der Starkenburger Bote – antisemitischer Tendenzen, die in Bensheim seit 1918/19 erneut aufflammten. Diese Haltung hatte offenbar viel mit dem persönlichen Umfeld der Beger-Familie zu tun, denn Heinrich Beger war mit einer der größten jüdischen Familien Bensheims, den Thalheimers, gut bekannt, und mit Max Thalheimer, seinem ehemaligen Schulkameraden, befreundet. Thalheimers Neffe, Hans Sternheim, war wiederum seit 1915 mit Begers Sohn Richard freundschaftlich verbunden, deren beidseitige Leidenschaft für Musik die beiden Bensheimer Familien oft zusammenführte: Da „ging es bei den Begers und den Sternheims ein und aus“, erinnerte sich Sternheim Jahrzehnte später, der überdies um 1922/23 seine ersten journalistischen Erfahrungen als freier Mitarbeiter des BA sammelte.<sup>4</sup>

Abb. 5: Berichterstattung des BA über den zehnten Jahrestag des Versailler Vertrages (1929)

Und Eduard Beger, Heinrich Begers Bruder, lieferte sich sogar einen öffentlichen Schlagabtausch mit dem stadtbekanntem Antisemiten und Verleger Heinrich Schönbohm. Dieser hatte mehrere antisemitische Schriften verbreitet und erstmals im November 1919, wie Eduard Beger im Februar 1920 empört dem Bensheimer Stadtrat meldete, das BA „um Aufnahme einer stark judenfeindlichen Erklärung als bezahltes Inserat“ ersucht.<sup>5</sup> Die BA-Redaktion hatte Schönbohm daraufhin mitgeteilt:

„Wir sind gewohnt, unseren Lesern, zu denen alle Konfessionen zählen, durch Kundgabe von Ansichten eines Einzelnen nicht unnütz aufzuregen.“

Gänzlich anders verhielt es sich mit der politischen Linie des BA. Noch zu Beginn der 20er Jahre blieb das BA seinem überparteilichen Anspruch treu. Wahl-

versammlungen der Demokratischen Partei wurden ebenso günstig besprochen wie die des Zentrums, zu dem das BA nach den Anfeindungen des Kulturkampfes offenbar einen Ausgleich fand – sicher auch, weil Bensheim stets eine Zentrumshochburg blieb. Doch bis Mitte der 1920er Jahre wurde diese überparteiliche Haltung zusehends aufgeweicht. Als Ausdruck dessen betätigte sich BA-Chef Heinrich Beger seit November 1925 nun selbst politisch und zog für die *Bürgerliche Vereinigung* (BV) in den Bensheimer Stadtrat ein. Dieses konservative kommunale Wahlbündnis wurde vor allem von Bensheimer Geschäftsleuten getragen und zielte somit auf die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen ab, was die ausgedehnte Berichterstattung des BA hierüber zu erklären vermag. Denn in diesem Prozess der Politisierung des Blattes kam den Folgen des Versailler Vertrages eine zentrale Rolle zu:

Während die Redaktion zum Jahreswechsel 1918/19 noch der Hoffnung Ausdruck verlieh, das kommende Jahr solle ein „Jahrhundert des Fortschritts und der Menschheitsideale“ einleiten (BA 31.12.1918), könnte der Kontrast zu den Neujahrswünschen des Jahres 1929, nach beinahe 10 Jahren Versailles, kaum größer sein. Zwar krampfhaft mutmachend, sah das Blatt nun Deutschland im unerbittlichen „Daseinskampf“ und vor der düsteren Zukunft, dass „wir Jahrzehnte hindurch, ein Menschenleben lang, noch Frondienst leisten sollen“ (BA 2.1.1929). Regelmäßig erschienen Artikel über die Gebietsabtretungen, die Behandlung der deutschen Minderheiten, die Reparationslasten als Ursache der Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und die Deutschland „aufgezwungene Kriegsschuldflüge“ (BA 28.6.1929).

Freilich galt auch dem *Starkenburger Boten* die Weimarer Republik als postrevolutionärer ‚Notbehelf‘. Trotz Räterepublik, Spartakusaufstand, Versailler „Schmachfrieden“, Hitler-Putsch und Rheinlandbesetzung, rekapitulierte das Blatt im November 1928 die Geschehnisse, blicke man doch hoffnungsvoll auf die „Renaissance eines freien Volkes im freien Staat“ (StB 9.11.1928). Diese im Grunde staatsbejahende Haltung behielt der Bote, bei aller Kritik der Weimarer Zustände, letztlich bei.

Mitte der 1920er Jahre rühmte sich das BA damit, nicht in die „Abhängigkeit einer politischen Partei“ geraten zu sein – man wolle überparteilich „in rein vaterländisch deutschem Sinne über alles berichten und es dem Leser überlassen, sich selbst seine eigene Meinung zu bilden.“ (BA 15.3.1926) Doch ein ebenfalls im BA veröffentlichter Artikel Sven Hedins über die Rolle der Presse an der „Wiederaufrichtung der deutschen Nation“ klärte, was das Blatt nunmehr unter vaterländischer Berichterstattung verstand. Denn der berühmte schwedische Forschungsreisende Hedin gehörte zu den wichtigsten ausländischen Aktivisten gegen Versailles – nach 1933 war er bei Hitler gern gesehener Gast. Die

Presse, so Hedin, solle „erzieherisch, veredelnd, stärkend“ wirken, aber vor allem „das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes“ fördern:

„Es ist offenbar, daß nach einem großen Krieg und einem schändlichen Frieden das Volk in seiner Entwicklung große Veränderungen durchgehen muß. Deshalb braucht das Volk gerade jetzt gute, edle Führer, die ihm den rechten Weg zeigen können.“ (BA 15.3.1926)

Diese Bemühungen, mit publizistischen Mitteln den „rechten Weg“ zu zeigen, hatten im Oktober 1924 zu einer geharnischten Beschwerde über die Rechtstendenz des BA geführt. Der Kreisvorsitzende der Bensheimer Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Wilhelm Flegler, ereiferte sich gegenüber dem Kreisamt über die mangelnde Überparteilichkeit des BA, zu der es als Amtsblatt verpflichtet sei. Man glaube, meinte Flegler, „ein Oppositionsblatt der Rechten vor sich zu haben, statt eines amtlichen Organs“.<sup>6</sup>

Die Eingabe blieb nicht folgenlos. Mehrfach wurde die Chefredaktion des BA von dem zuständigen Ministerium des Volksstaates Hessen in Darmstadt verwahrt, zuletzt mit der Drohung, der Zeitung die Funktion als Amtsblatt zu entziehen.

## Am Vorabend der „Machtergreifung“

Um nicht durch seine politische Linie wirtschaftlichen Schaden zu erleiden, lavierte das BA immer wieder zwischen Neutralität und Rechtstendenz. Zwischen 1930 und 1932 mehrten sich – anfangs noch untendenziöse – BA-Berichte über Veranstaltungen und Aktivitäten der äußersten Rechten, also Deutschnationale Volkspartei (DNVP), Stahlhelm und NSDAP. Erst im Laufe des Jahres



1932 und im unmittelbaren Vorfeld der „Machtergreifung“ traten eindeutig positive Meldungen über die NSDAP, die seit 1929 mit zwei Mandaten im Bensheimer Stadtrat vertreten war, in den Vordergrund, und bald druckte das BA Anzeigen von NSDAP und SA mit dem Hakenkreuz ab. Im Juli 1932 schließlich erschien eine Fotografie Hitlers im Innenteil mit der Bildunterschrift „Adolf Hitler nimmt eine Parade der SA ab“ (BA 6.7.1932).

Anders der *Starkenburger Bote*, der sich in der Endphase der Weimarer Republik nach Kräften für das Zentrum einsetzte. Zur Reichspräsidentenwahl im März 1932, als Hitler gegen Hindenburg kandidierte, brachte der Bote eine regelrechte Wahlausgabe für Hindenburg, gespickt mit Angriffen auf Hitler. Hindenburgs Gegenkandidaten seien, versicherte das Blatt unterstützt durch eine Karikatur, „radikale Elemente, die das bestehende Staatsgebäude von Grund aus vernichten und die rohe Diktatur an seine Stelle setzen wollen“ (StB 12.3.1932). Nach Hindenburgs Wahlsieg freute sich die Redaktion, dass sich „Adolf Hitler und seine Anbeter“ eine „sehr schwere Niederlage“ eingehandelt hätten und folgerte, das deutsche Volk lehne „das Experiment Hitler und das dritte Reich mit seinen verheerenden Folgen“ ab (StB 16.3.1932).

Für die politische Einstellung des BA und des Boten ist die Berichterstattung über eine Werbefahrt Hitlers durch die Bergstraße, die ihn auch durch Bensheim führte, im März 1932 charakteristisch. Das *Bergsträßer Anzeigblatt* (10.3.1932) meldete knapp: „Eine zahlreiche Zuschauermenge begrüßte ihn in fast allen Ortschaften durch Heilrufe und Ueberreichung von Blumensträußen.“

Im *Starkenburger Boten* stellte sich das mit Häme geschilderte Ereignis gänzlich anders dar:

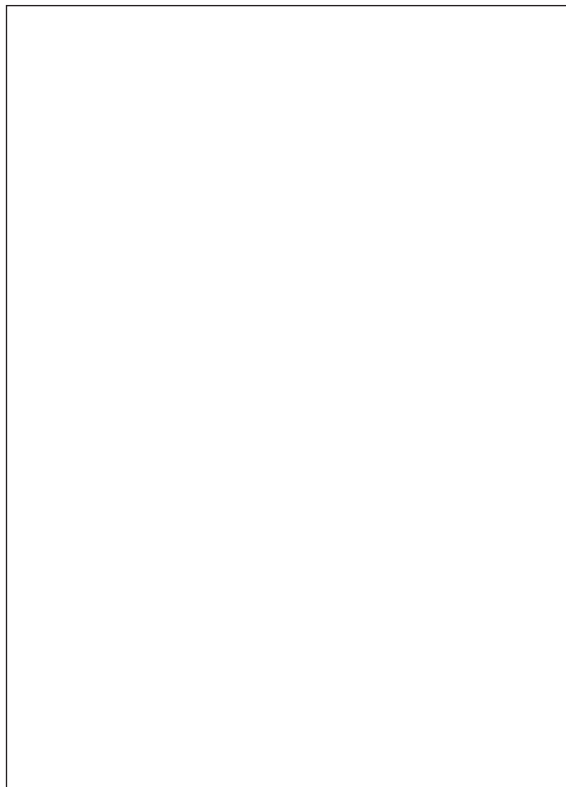
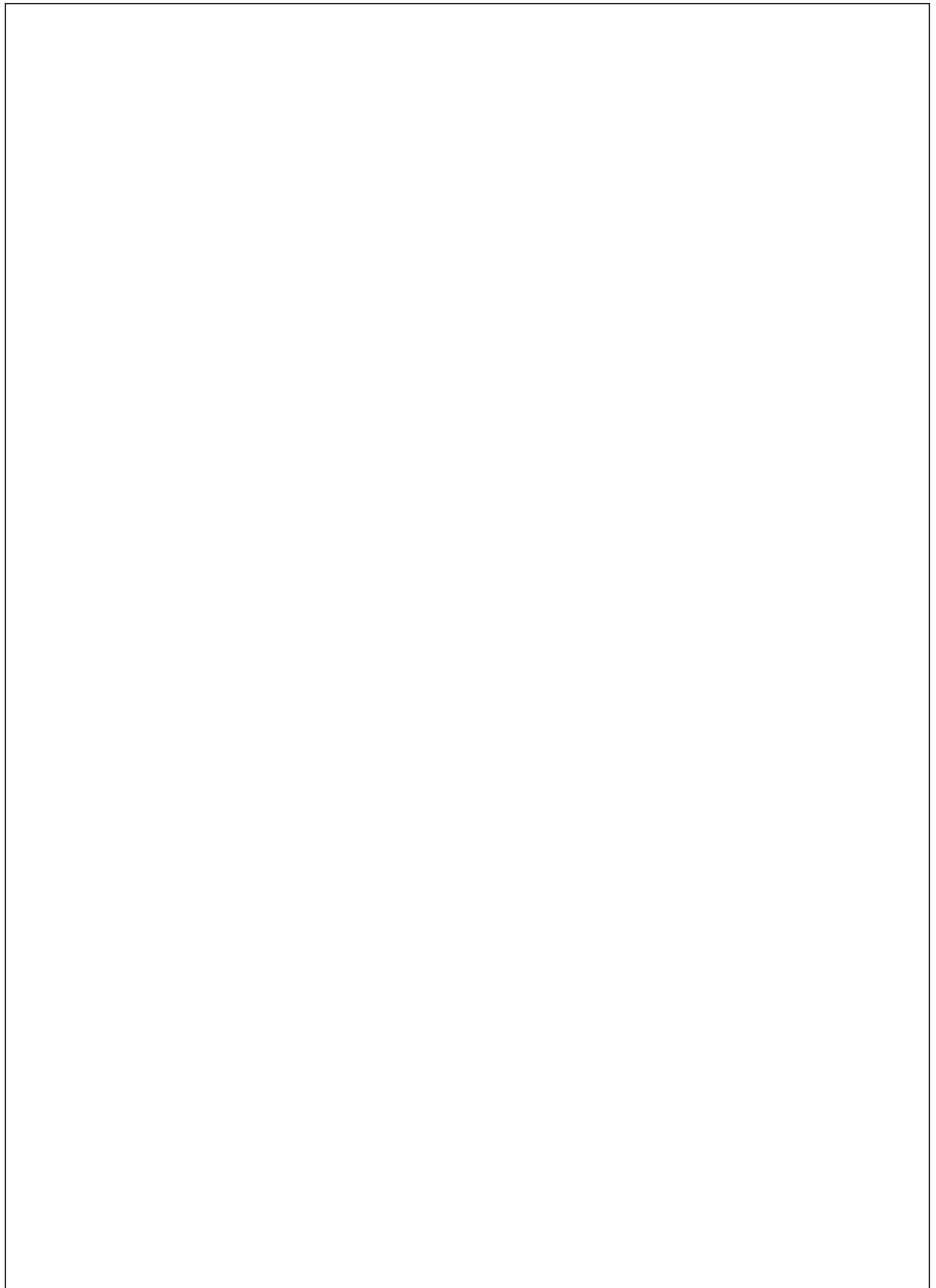


Abb. 6: Karikatur gegen NSDAP und KPD im *Starkenburger Boten*

„Hitler fuhr durch Bensheim. [...] Da diese Tatsache vorher bekannt geworden war, hatten sich neben vielen Neugierigen auch zahlreiche seiner Parteilanhänger – auch einige Damen mit Blumensträußen – eingefunden, in der stillen Hoffnung, ihr angebeteter Parteihauptling würde hier stillhalten, was Gelegenheit zu einer Huldigung gegeben hätte. Aber Hitler fuhr, ohne von der Ansammlung die geringste Notiz zu nehmen, vorbei. Wie wir hören, sollen die dem Parteihauptling zugedachten Blumenspenden am 1. April meistbietend versteigert werden.“ (StB 11.3.1932)



*Abb. 7: Titelseite des BA zur „Machtergreifung“*

## 1933: Anpassung und Opposition

Während der Weimarer Republik hatte sich die Berichterstattung des BA hin zur politischen Rechten bewegt. Am 30./31. Januar 1933 ließ das BA die letzte Zurückhaltung fallen, nahm offen Partei und unterstützte fortan den Prozess der NS-Machtübernahme in Bensheim: „Reichskanzler Adolf Hitler – Die nationale Einigung vollzogen!“, titelte das Blatt am 31. Januar mit Hitlers Konterfei (Abb. 7).

Während sich der *Starkenburger Bote* zum 30. Januar 1933 noch vorsichtig äußerte, rührte er im Februar – nach

der Reichstagsauflösung waren zum 5. März Neuwahlen angesetzt – letztmals die Wahltrummel für das Zentrum. Unterdessen war aufgrund der „Presse-notverordnung“ vom 4. Februar 1933 die Pressefreiheit in Deutschland faktisch ausgehebelt worden, und durch die „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar die Grundrechte insgesamt. Somit war jede oppositionelle Betätigung zum Scheitern verurteilt, so dass der Bote den „Terror gegen das Zentrum“ hilflos beklagte (StB 23.2.1933). Resigniert berichtete das Blatt am 4. März über die Ausschaltung der Zentrums Presse: Über frühere Reden Hitlers und sonstige Entgleisungen „müssen wir wegen der Notverordnung schweigen“. So mahnte



Abb. 9: Besetzung des *Starkenburger Boten* durch Bensheimer NSDAP am 16./17. März 1933

der Bote seine Leserschaft, dass „Herr[n] Hitler“ die „demokratischen Tugenden“ im „Blute zuwider“ seien und hoffte, dass bei den Wahlen „mehr als einer ‚wach‘“ werde (StB 4.3.1933).

Demgegenüber kommentierte das *Bergsträßer Anzeigblatt* (v. 6.3.1933) nach dem Wahlsieg der NSDAP am 5. März unter der Überschrift „Der Sieg der erwachenden Nation!“ unmissverständlich, dass „nunmehr unser Vaterland mit starker Hand aus dem Elend der schwarz-roten Koalition herausgesteuert wird.“

Wie umfassend und rasch sich das BA zu einem Quasi-Parteiblatt entwickelte, verdeutlicht, dass auf einer einzigen Zeitungsseite Mitte März 1933 bereits rund drei Viertel positive Lokalnachrichten über die NSDAP und ihre Gliederungen erschienen (BA 13.3.1933). Zudem räumte das BA der NSDAP im Kreis Bensheim bald eigene Rubriken wie „Parteiamtliche Nachrichten der NSDAP“, „Aus der P[olitischen] O[rganisation]“ oder „Aus der HJ“ ein. Freilich zelebrierte das BA fortan jedes lokale Parteiereignis. Diese Nazifizierung des BA gipfelte zu Weihnachten 1933 in einer außergewöhnlichen pseudoreligiösen Verklärung der Machtergreifung im Zusammenhang mit der Weihnachtbotschaft, die auf den in Bensheim nach wie vor starken politischen Katholizismus gemünzt war.

Denn bei den Reichstagswahlen am 5. März waren in Bensheim 2235 Stimmen auf die NSDAP entfallen – knapp gefolgt, trotz aller Drangsalierungen, vom Zentrum mit 2138 Stimmen.<sup>7</sup>

Dieser faktische Erfolg mag den *Starkenburger Boten* dazu veranlasst haben, fortgesetzt gegen die Bensheimer NS-Bewegung zu sticheln. Einen Warnschuss kassierte das Zentrumsblatt am Morgen des 16. März 1933, als ein „Trupp von etwa 20 Nationalsozialisten“ die Verlagsräume des Boten für 24 Stunden besetzte. Vorausgegangen sei – so meinte das BA (17.3.1933) – ein mit „Unwahrheiten“ gespickter Bericht des Boten über einen Kirchgang der Bensheimer SA. Da die Re-

daktion sich weigerte, eine NS-Gegendarstellung abzudrucken, griff die Bensheimer NSDAP zu diesem Mittel. Der Redaktion blieb nichts anderes übrig, als gegen die Besetzung zu protestieren, nachzugeben und die besagte Gegendarstellung abzudrucken: „Wir bitten unsere Leser um Verständnis für unsere Lage“, bedauerte man (StB 17.3.1933).

BA-Verleger Heinrich Beger hingegen war in den Prozess der Gleichschaltung des Bensheimer Stadtrates unmittelbar eingebunden. Nach der „Machtergreifung“ war der bisherige Zentrumsbürgermeister Dr. Rudolf Angermeister einstweilen im Amt verblieben, bis er am 24. April überfallartig mithilfe der Bensheimer SA durch den Nationalsozialisten Heinrich Nachtigall ersetzt wurde. Nunmehr sei, berichtete das BA (25.4.1933), „die Gleichschaltung vollzogen“ und sichergestellt, dass auch in Bensheim „im Geiste Adolf Hitlers regiert“ werde. Heinrich Beger, bislang Stadtrat für die *Bürgerliche Vereinigung* (BV), trat schließlich am 24. April 1933 offiziell zur NSDAP-Fraktion über<sup>8</sup>, allerdings war es der BV nach dem Gesetz zur Gleichschaltung der Länder vom 31. März 1933 nicht mehr möglich, eigene Kandidaten aufzustellen.

Erst als im Juni 1933 verordnet wurde, dass Stadträte nicht mit öffentlichen Aufträgen bedacht werden dürften, gefährdete dies eine gewichtige Einnahmequelle des BA, nämlich die Druckkonzession für Amtsbekanntmachungen, so dass Beger am 11. Oktober 1933 notgedrungen sein Mandat niederlegte.

## Das „Aus“ für den *Starkenburger Boten*

Nach der Besetzung des Boten am 16./17. März 1933 musste das Blatt seine Abwehrhaltung aufgeben.<sup>9</sup> Sowohl über Reichsereignisse als auch über die Etap-

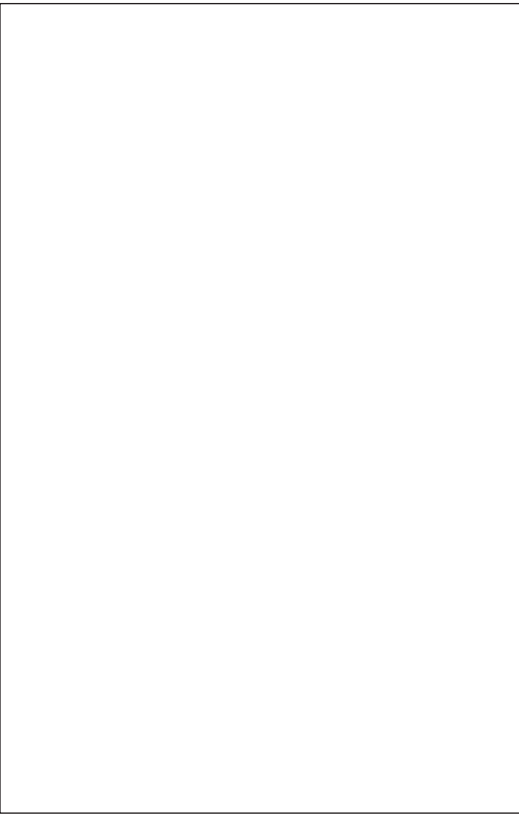


Abb. 8: Weihnachten 1933 im BA

pen der lokalen Gleichschaltung in Bensheim berichtete der Bote zwar deutlich teilnahmslos, jedoch auch unverfänglich. Dies blieb auch 1934 so, dem letzten überlieferten Jahrgang der Zeitung.

Freilich hatte der Verlust des zentralen politischen Bezugspunktes des Starkenburger Boten, der am 5. Juli 1933 aufgelösten Zentrumspartei, seine Auswirkungen. Bis 1934 stellte der Bote seine langjährige Beilage „Die katholische Welt“ ein und tilgte auch die Bezeichnung „Zentrums-Organ“ aus dem Zeitungskopf. Anton Gmeiner, der bis dato die antinazistische Tendenz seines Blattes verantwortete, blieb jedoch Herausgeber des Boten. Aufgrund des im Januar 1934 in Kraft getretenen Schriftleitergesetzes, das die Handhabe

bot, politisch Unzuverlässige aus dem Journalistenberuf zu entfernen, firmierte Gmeiner bis zuletzt als „verantwortlicher Schriftleiter“. Dies wurde, so scheint es, durch einen außergewöhnlichen Entschluss ermöglicht: Die beiden Gmeiner-Brüder Anton und Joseph hatten sich, so erinnerte sich ein ehemaliger Angestellter des Verlages, „hin und her beraten“, was getan werden könnte, um den Betrieb zu erhalten; man sei übereingekommen, dass „einer Mitglied würde“ in einer NS-Organisation. Und in der Tat trat Joseph Gmeiner im November 1933 der SA-Reserve bei, zuletzt als Rottenführer (1935).

Für einen Geisteswandel hin zur NS-Ideologie gibt es keine Belege – es soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass Gmeiner als SA-Mitglied bei der Zerstörung der Bensheimer Synagoge im November 1938 anwesend war, wenn auch daran nicht mitwirkte, ja den Tatort fluchtartig verließ, als er begriff, was geschah.<sup>10</sup>

Der Starkenburger Bote erschien noch bis Anfang 1936. Warum er eingestellt wurde, lässt sich nicht präzisieren, doch Anton Gmeiner gab nach dem Krieg einerseits wirtschaftliche Gründe an – die Behörden hätten ihn „boykottiert“ –, und schließlich sei die Zeitung „widerrechtlich geschlossen“ worden. Ursache könnte die NS-Pressepolitik des Jahres 1935 gewesen sein, die nun verstärkt die bürgerliche Presse ins Visier nahm, vor allem um die Konkurrenz der eintönigen, oft unrentablen NSDAP-Partei-presse auszuschalten. Hierauf zielten drei Anordnungen des mächtigen Chefs der NS-Parteiverlage Max Amann vom 24. April 1935 ab.<sup>11</sup> Diese vereinfachten die Schließung oder Übernahme konkurrierender Presseorgane, darunter wegen Aufschwäche – sogenannte mangelnde Wettbewerbsfähigkeit – und wegen einseitiger inhaltlicher Ausrichtung. Letzteres betraf auch die konfessionellen Medien.

Die letzte Ausgabe des ehemaligen Zentrumsblattes erschien am 31. Januar 1936: In einer Anzeige im BA (31.1.1936), gezeichnet

von den Verlegern Anton Gmeiner und Heinrich Beger, wurde die Leserschaft dazu aufgefordert, das bisher „entgegengebrachte Vertrauen“ nun auf das Bergsträßer Anzeigblatt zu übertragen.

## Das BA und die Expansion der Parteipresse

Auch das linientreue *Bergsträßer Anzeigblatt*, obschon es bis Kriegsende erscheinen konnte, bekam die wirtschaftliche Expansion der Parteipresse zu spüren.

Die Gauleitung Hessen-Nassau hatte zur finanziellen Stärkung der NSDAP-Presse im Dezember 1936 verfügt, dass die Bekanntmachungen des Kreises Bensheim „in einer nationalsozialistischen Zeitung erscheinen“<sup>12</sup> müssten, woraufhin das Kreisamt Bensheim dem BA den Amtsblattvertrag kündigte. BA-Chef Heinrich Beger setzte sich daraufhin in einem erbitterten Beschwerdebrief gegen dieses Vorhaben erfolgreich zur Wehr. Er pochte darauf, dass seine Zeitung sich „vor und nach der Machtergreifung“ doch „nachweisbar an der Aufrichtung des Dritten Reiches“ beteiligt und „in den Dienst der Bewegung gestellt“ habe:

„In der Judenfrage, in der sozialen Gestaltung des Betriebes [...] sowie in seinem Opfergeist, steht das Kreisblatt mit in der ersten Reihe der nationalsozialistisch geleiteten Wirtschaftsbetriebe des Gaus.“

Die Eingabe Begers war einstweilen erfolgreich. Dazu mochte auch beigetragen haben, dass sich das BA frühzeitig durch den regelmäßigen Abdruck von Bekanntmachungen der NSDAP den Anstrich eines Parteiblattes verliehen hatte. Doch im Oktober 1938 unterlag auch das BA, denn unterdessen war eine neue Situation entstanden: Die hessische Staatsregierung unter Reichsstatthalter und Gaul-

*Abb. 10: Die antisemitische Artikelserie „Judenpranger“ des BA*

eiter Jakob Sprenger hatte die Auflösung des Kreises Bensheim und die Schaffung eines erweiterten Kreises Bergstraße mit Sitz in Heppenheim verfügt.

Durch die am 1. November 1938 in Kraft getretene Regelung – lediglich die NSDAP-Kreisleitung verblieb in Bensheim – wurde der Status des BA als Amtsblatt erneut in Frage gestellt. Diesmal wurde aus Darmstadt endgültig verfügt, dass nur ein „parteiamtliches Blatt“ für den Abdruck der Amtsverkündigungen in Betracht komme, am besten der zu Heppenheim seit 1932 erscheinende „Volksgenosse“, der sich selbst als „ältestes nationalsozialistisches Kampfblatt in der Provinz Starkenburg“ betitelte.<sup>13</sup> Heinrich Begers erneute Bemühungen, den Amtsblattstatus zu ver-

teidigen, scheiterten. Dem BA verblieb ab November 1938 lediglich die Option, Amtsbekanntmachungen unentgeltlich abzudrucken.

## Presse als Instrument der Verfolgung

In der Folgezeit nach 1933 wird deutlich, dass sich das *Bergsträßer Anzeigebblatt* vor allem durch Antisemitismus zu profilieren suchte. Darauf zielte auch die Argumentation des BA-Verlegers Beger gegenüber dem Kreisamt Bensheim Ende 1936 ab, als es um den Amtsblattstatus ging. Doch die Funktionalität des Antisemitismus – es sei auch an die freundschaftlichen Beziehungen der Familien Beger und Thalheimer erinnert – wird gerade in der Auseinandersetzung mit dem katholischen Konkurrenzblatt augenfällig. Denn im Juli 1933 initiierte das BA scharfe Angriffe auf den Starkenburger Boten – dem Blatt wurde vorgeworfen, wegen „einiger Judenpfennige“, Inserate jüdischer Geschäftsleute weiterhin abzudrucken; es habe einen gänzlich „verjudelten [sic!] Anzeigenteil“ (BA 22.7.1933). Diese Vorwürfe ergaben sich nicht zufällig, denn kurz zuvor, im Juni 1933, hatten die Bensheimer Stadtverordneten entschieden, dass sowohl dem BA als auch dem Boten städtische Bekanntmachungen nur dann kostenlos zum Abdruck übergeben würden, wenn die Aufnahme jüdischer Inserate unterbleibe.<sup>14</sup> Der Herausgeber des Boten, Anton Gmeiner, erwiderte (StB 24.7.1933): „Herr Beger! Wenn Sie finanziell so gut gestellt sind, das Sie auf die Inserate jüdischer Firmen verzichten können, so beneiden wir Sie darum.“ Die ausdrücklich mit „Heil Hitler!“ gezeichnete Entgegnung der BA-Schriftleitung machte klar: „Wir vertreten nach wie vor unseren kompromißlosen nationalsozialistischen Standpunkt“ (BA 25.7.1933).

Dementsprechend früh verlieh sich das BA eine antisemitische Tendenz, die sich

nicht alleine auf den Wiederabdruck der allgemeinen antisemitischen Auswürfe aus Berlin beschränkte, sondern das Blatt produzierte auch Eigenmeldungen im Lokalteil, die Bensheimer Juden persönlich diffamierten und namentlich benannten. Zuerst im Umfeld der ersten reichsweiten Boykotte jüdischer Geschäfte zum 1. April 1933, zu dem das BA exponierte Aufrufe abdruckte (BA 31.3.1933), wurden kleine Meldungen aus der weiteren Region über jüdische „Greuelmärchen“ und Betrügereien jüdischer Händler gebracht, die in erster Linie klassische antisemitische Vorurteile bedienten (BA 28.3. u. 21.4.1933). Mit den ersten Schutzhaftnahmen politisch Verfolgter, die nach Osthofen – das zentrale hessische KZ für politische Häftlinge – verbracht wurden, erschien eine für spätere Jahre typische Meldung, die personalisierte und das Gewaltregime rechtfertigte<sup>15</sup>:

„Nach Osthofen verbracht wurde am vergangenen Samstag [26.8.1933] der hiesige Jude Ludwig Guthorn, wohnhaft Sprengerstraße 6, der es fertig brachte, den Hitlergruß durch eine infame Glossierung herabzuwürdigen. Das der jüdischen Rasse eigentümliche Charaktermerkmal, alles nationale Denken und Empfinden lächerlich zu machen [...], kam auch bei diesem Verhafteten deutlich zum Vorschein. Der übrigen Bensheimer Judenschaft sei die gerechte Abwehrmaßnahme des nationalsozialistischen Deutschlands [sic!] eine Verwarnung.“ (BA 28.8.1933)

1935, im Umfeld der Nürnberger Gesetze, zielten die antisemitischen BA-Artikeln nun auf eine stärkere Ausgrenzung der deutschen Juden ab. Augenfällig wird die eingetretene Zuspitzung dadurch, dass die Druckerei des BA nun bereits Schilder mit der Aufschrift „Juden sind hier nicht erwünscht“ feilbot (BA 15.8.1935).

Ebenfalls 1935 startete die Zeitung eine eigene Artikelserie unter dem Titel „Judenpranger“, die die schon einge-



schlagene Personalisierung mit weiteren gezielten Angriffen auf Bensheimer Juden fortsetzte. In dieser Serie wurde auch die jüdische Familie Marx, eine alteingesessene Bensheimer Unternehmerfamilie, im September 1935 diffamiert, indem der Geschäftsführer des Schuhhauses Marx in der Hauptstraße, Max Bach (\*1883), in typischer Weise als Ausbeuter „deutscher Lehrlinge“ charakterisiert wurde.<sup>16</sup>

Eine weitere Verschärfung der antisemitischen Angriffe trat freilich aufgrund der Novemberpogrome 1938 ein. Auch die BA-Artikel trugen nun deutlich eliminatorische Züge und wirkten stärker als zuvor auf eine Entmenschlichung der Juden hin. Ein Jahr zuvor, 1937, waren schon vergleichbare Artikel erschienen, die sich noch auf den jüdischen Einfluss in Handel und Gewerbe bezogen, aber bereits auf die Entmenschlichung des Judentums als Krankheitserreger abzielten: „Wie ein Bazillus, so steckte er alles an“, hieß es am 13. Dezember 1937 im BA.

Als in den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 auch die Bensheimer Synagoge von SA-Leuten niedergebrannt wurde, hielt sich das BA, wie viele andere Presseorgane auch, an die Presseanweisungen des Propagandaministeriums, die die organisierten Pogrome als spontane Äußerung des Volkszorns umdeuteten und somit jede offizielle Beteiligung verschleiern sollten.<sup>17</sup> Zwei Wochen später legte das BA eine antisemitische Artikelserie „Der Feind im eigenen Land“ (BA 22.11.1938) auf.

## Auftakt zu Krieg und Völkermord

Welch drastische Züge in der Folge die personalisierenden antisemitischen Lokalmeldungen des BA annahmen, zeigt ein unter der Überschrift „Freches Judenpack“ (BA 28.8.1939) kurz vor Kriegsausbruch wegen einer angeblich beleidigenden Äußerung veröffentlichter Angriff

auf eine jüdische Bensheimerin namens Wolf<sup>18</sup>. Anhand dieser konkret genannten Person wurde ein grundsätzlicher Angriff auf das sogenannte „ganze Judengeschmeiß“ initiiert und mit der allgemeinen politischen Stoßrichtung gegen das „verjudete England“, das einen „Weltkonflikt“ heraufbeschwöre, verknüpft. Die an der Bensheimer Jüdin Wolf festgemachte Argumentation gipfelte in der Drohung, dass „eine Herausforderung Deutschlands die restlose Austilgung des verbrecherischen Hebräertums nach sich ziehen würde.“ Mit letzterem Passus wurde die Quintessenz von Hitlers Reichstagsrede aus dem Januar 1939 aufgenommen, in der dieser erstmals unumwunden angekündigt hatte<sup>19</sup>:

„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum [...] gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“

Im Jahr der „Machtergreifung“ lebten in Bensheim rund 160 Juden; 1939 waren es nur noch 28 – insgesamt überlebten mindestens 40 den NS-Terror nicht.



# Anmerkungen

- 1 Vorliegendes Heft erscheint in Begleitung der Ausstellung „Demokratiegeschichte im Spiegel der Zeitung“, die 2008 in den Räumen der HLZ gezeigt wird. Hierbei handelt es sich um die Kurzfassung einer Ende 2007 durch den Verfasser im Auftrag des *Bergsträßer Anzeigers* (BA), Bensheim, erarbeiteten Ausstellung. Weitere Beiträge zur Geschichte des BA in der NS-Zeit sind in den Nrr. 45 bis 50 der „Bergsträßer Heimatblätter“ (Diether Blüm: Beiträge zur Geschichte der Bensheimer Juden; Beilage zum BA v. 22.4.–13.6.1987) veröffentlicht sowie in einem digitalen Ausstellungskatalog (Mathias Friedel: *Zeitreise*. CD-ROM. Bensheim: BA, 2007; erhältlich bei der HLZ, Wiesbaden). Eine Presseanalyse des BA und StB für 1933 liefert Brigitte Jaehring: *Zwischen Reichstagswahl und Gleichschaltungsgesetz*. Der März 1933 im Spiegel der Bensheimer Presse. In: *Geschichtsblätter Kreis Bergstraße* 24 (1991), S. 278–308. Die biographischen Angaben des Heftes jeweils nach: Stadtarchiv Bensheim [StadtA], Meldekartei. – Für wertvolle Hinweise zur Bensheimer Pressegeschichte sei an dieser Stelle Herrn Manfred Berg (StadtA Bensheim) und Herrn Karl-Heinz Schlitt (BA) gedankt.
- 2 Zunächst u.d.T. *Allgemeines Bergsträßer Anzeigblatt*, dann 1855–1860 mit wechselnden Nebentiteln *Verordnungs- und Anzeigblatt*, seit 1861 *Bergsträßer Anzeigblatt* und seit 1969 *Bergsträßer Anzeiger*.
- 3 *Anton Gmeiner* (\*19.4.1889 Mainz), 1919–1936 Herausgeber des *Boten*; *Joseph Gmeiner jun.* (\*12.10.1891 Mainz), Leiter des Druckereibetriebes der Familie.
- 4 Sternheim, Hans: *Erinnerungen und Betrachtungen*. In: *Geschichte der Bensheimer Juden im 20. Jahrhundert*. [... Hrsg.:] *Geschichtswerkstatt der Geschwister-Scholl-Schule*, Bensheim. Weinheim 2004, S. 235–[337], hier S. 261.
- 5 StadtA Bensheim KV 13.529/3, Beger an Stadtverordnetenversammlung, 4.2.1920. Vgl. die Erklärung Begers gegen Schönbohm im BA v. 26.1.1920.
- 6 Staatsarchiv Darmstadt [StAD] G 15 Bensheim / S 5, Flegler an Kreisamt Bensheim, 25.10.1924. Vgl. ebd., Verwarnungen des BA v. 29.10.1924 u. 7.11.1924.
- 7 Auch im Folgenden: Rainer Maaß: „Gleichschaltung“ auf kommunaler Ebene. Das Beispiel des Bensheimer Stadtrates 1933/35. In: *Geschichtsblätter Kreis Bergstraße* 38 (2005), S.195–212, hier S. 198.
- 8 Vgl. StadtA Bensheim KV 3830/1, Vorschlagsliste der NSDAP v. 19.4.1933 u. Heinrich Beger an Bürgermeister Nachtigall, 11.10.1933.
- 9 Letzte Aufmüpfigkeiten „zwischen den Zeilen“ dokumentiert Blüm (wie Anm. 1) Nr. 48 (BA 30.5.1987).
- 10 Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 520 Be / 130, Spruchkammerakte Josef Gmeiner, Verhandlungsprotokoll v. 13.5.1948, S. 9. Das folgende Zitat Anton Gmeiners: ebd. Abt. 520 Be / Meldebogen v. 2.5.1946.
- 11 Teildrucke: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Hrsg. v. Hans Bohrmann [...]. Bearb. v. Gabriele Toepser-Ziegert. Bd. 3,1: 1935. München [u.a.] 1987, S. 23\*–27\*.
- 12 StAD G15 Bensheim / S 5, NSDAP Hessen-Nassau an Kreisamt Bensheim, 31.12.1936. Im Folgenden: ebd., Heinrich Beger an Kreisamt Bensheim, 6.1.1937.
- 13 Ebd., Reichsstatthalter an Kreisamt Heppenheim, 11.10.1938. Vgl. ebd., Kreisamt Heppenheim an Heinrich Beger, 19.10.1938. Seit der BA-Ausgabe v. 1.11.1938 hieß es im Zeitungskopf: „Amtsverkündigungen des Kreisamts im Nachdruck“.
- 14 Vgl. StadtA Bensheim 12.E60, Stadtverordnetenversammlung v. 16.6.1933.
- 15 *Ludwig Guthorn* (\*30.7.1869), Kaufmann, wohnhaft Casinostraße 6 (= Sprengerstraße), 1942 Deportation, 16.10.1942 verstorben im KZ Theresienstadt. Zu Guthorns Verhaftung im August 1933: StAD G 15 Bensheim / Q 266, SA Standarte 221 Bensheim, Eichel, an Kreisamt Bensheim, 26.8.1933.
- 16 Max Bach (\*4.7.1883), verheiratet mit Bela (\*11.12.1880), geb. Marx, wurde zusammen mit seiner Frau und seinem Vater deportiert und ermordet.
- 17 Vgl. die knappe BA-Meldung v. 11.11.1938 u.d.T. „Empörung schafft sich Luft“ gegenüber der analogen Presseanweisung v. 10. November in: NS-Presseanweisungen (wie Anm. 11) Bd. 6,3. München [u.a.] 1999,

S. 1060f. Die Artikelserien waren ebenfalls verordnet: ebd. S. 1085.

- 18 Vermutlich *Hannchen Wolf* (11.6.1860–10.9.1942 KZ Theresienstadt), die 1886 bis 1941 in der Hauptstraße zu Bensheim lebte.
- 19 Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. 4. Wahlperiode 1939. Bd. 460. Berlin 1939, 1. Sitzung v. 30.1.1939, S. 16. Die folgenden Angaben nach Paul Arnsberg: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn. Bd. 1. Frankfurt a.M. 1971, S. 63f.

## Literaturhinweise

### Zur nationalsozialistischen Presselenkung:

- ABEL, KARL-DIETRICH: Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit. Berlin 1968
- FREI, NORBERT: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern. Stuttgart 1980
- HAGEMANN, JÜRGEN: Die Presselenkung im Dritten Reich. Bonn 1970
- HALE, ORON J.: Presse in der Zwangsjacke 1933–1945. Düsseldorf 1965
- KOSZYK, KURT: Deutsche Presse 1914–1945. Berlin 1972 = Geschichte der deutschen Presse Bd. 3
- NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Hrsg. v. Hans Bohrmann [...]. Bearb. v. Gabriele Toepser-Ziegert. 7 Bde. München [u.a.] 1984–2001
- Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Berlin [1947]

SÜNDERMANN, HELMUT: Tagesparolen. Deutsche Pressenanweisungen 1939–1945. Aus d. Nachlaß hrsg. v. Gert Sudholt. Leonie am Starnberger See 1973

### Zur Bensheimer Pressegeschichte:

- FRIEDEL, MATHIAS: Zeitreise. 175 Jahre Demokratiegeschichte im Spiegel der Zeitung. CD-ROM, Bensheim [2007]
- JAEHRLING, BRIGITTE: Zwischen Reichstagswahl und Gleichschaltungsgesetz. Der März 1933 im Spiegel der Bensheimer Presse. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 24 (1991), S. 278–308

### Bensheim während der NS-Zeit und jüdische Geschichte Bensheims:

- Bensheim. Spuren der Geschichte. Hrsg. v. Rainer Maaß u. Manfred Berg [...]. Weinheim 2006 [darin v.a. der Beitrag von Rainer Maaß, Bensheim zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 345–382]
- BLÜM, DIETHER: Beiträge zur Geschichte der Bensheimer Juden. In: Bergsträßer Heimatblätter Nr. 45, 47–48 (= Beilage zum Bergsträßer Anzeiger v. 22.4., 12.5. und 30.5.1987) [o.S.]
- Geschichte der Bensheimer Juden im 20. Jahrhundert. Mit Erinnerungen und Betrachtungen von Hans Sternheim. [Hrsg.:] Geschichtswerkstatt der Geschwister-Scholl-Schule, Bensheim. Weinheim 2004
- HELLRIEGEL, LUDWIG: Geschichte der Bensheimer Juden. Bensheim 1963
- MAASS, RAINER: „Gleichschaltung“ auf kommunaler Ebene. Das Beispiel des Bensheimer Stadtrates 1933/35. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 38 (2005), S. 195–212

### **Bildnachweise:**

Abb. 1: Zeitungsarchiv des BA 15.3.1926; Foto: Dietmar Funck

Abb. 2: Stadtarchiv Bensheim [28].10.1928

Abb. 3: Zeitungsarchiv des BA 15.3.1926; Foto: Dietmar Funck

Abb. 4: Stadtarchiv Bensheim 12.3.1932

Abb. 5: Zeitungsarchiv des BA 27.6.1929; Foto: Dietmar Funck

Abb. 6: Stadtarchiv Bensheim 12.3.1932

Abb. 7: Zeitungsarchiv des BA 31.1.1933; Foto: Dietmar Funck

Abb. 8: Zeitungsarchiv des BA 23.12.1933; Foto: Dietmar Funck

Abb. 9: Stadtarchiv Bensheim 17.3.1933

Abb. 10: Zeitungsarchiv des BA 4.9.1935; Foto: Dietmar Funck

# Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur. Hrsg.: Angelika Röming.

Bisher erschienen:

Blickpunkt Hessen 1:

Erwin Stein – Mitgestalter des neuen Bundeslandes Hessen

Blickpunkt Hessen 2:

Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945

Blickpunkt Hessen 3:

Carl Ulrich – Vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten

Blickpunkt Hessen 4:

Die Gründung des Landes Hessen 1945

Blickpunkt Hessen 5:

Eugen Kogon – Ein Leben für Humanismus, Freiheit und Demokratie

Blickpunkt Hessen 6:

Hessische Grenz Museen: Point Alpha und Schiffersgrund

Blickpunkt Hessen 7:

Hessische Partnerregionen: Emilia-Romagna, Aquitaine, Wielkopolska, Wisconsin, Jaroslavl

Blickpunkt Hessen 8:

Oskar Schindler – Vater Courage

Blickpunkt Hessen 9:

Lokaljournalismus zwischen Weimarer Republik und NS-Zeit am Beispiel der Bensheimer Presse